

Haushaltsrede 2009

Einführung

„Der Haushalt ist der Nerv des Staates, deshalb muss er den profanen Augen des Untertanen entzogen werden“ (Richelieu).

Dass dies das Ziel der Doppik sei, kann einem Einfallen, wenn man knapp 14 Tage vor der Gemeinderatssitzung dieses ca. 350 - seitige, engbedruckte Werk übergeben bekommt.

Dennoch haben wir uns, obwohl ehrenamtlich tätig und meist keine ausgebildeten Bilanzbuchhalter, auf die neue Systematik gestürzt. Neugierig ob wir in Ergebnis- und Finanzhaushalt die versprochenen neuen Einblicke und Zugänge entdecken werden: Mehr Transparenz, Outputorientierung, bessere Steuerungsmöglichkeiten, an Zielen orientiert, erhöhtes Wirtschaftlichkeitsdenken, mehr Effizienz, Blick auf die mittelbaren und unmittelbaren Folgen unserer Entscheidungen für die folgenden Generationen. Ressourcenverbrauchskonzept statt Geldverbrauchskonzept. Um nur ein paar Schlagworte zu nennen.

Vieles von dem scheint mit dem vorgelegten doppischen Haushalt möglich. Aber sicher nicht alles. Denn hierfür benötigen wir neben einem Produkthaushalt mit Teilhaushalten, der Darstellung von Aufwand und Ertrag, den Finanzflüssen und einer Aufstellung der Investitionen auch Zieldefinitionen, Kennzahlen, eine Kosten-Leistungsrechnung und eine Bilanz. Letztere Dinge liegen noch nicht vor, können noch nicht vorliegen. Aber erst dann sind wir vom Handwerkszeug in der Lage, die hehren Ansprüche zu erfüllen.

Hinzu kommt, dass durch die Systemumstellung die Vergleichbarkeit mit den vorhergegangenen kameralistischen Haushalten völlig fehlt. Auch wenn man sich selbst immer wieder ertappt diese dennoch herzustellen und auch der Bürgermeister dankenswerterweise einen Versuch hierzu unternommen hat, sind und bleiben es dennoch nur Hilfskonstruktionen. Wir befinden uns in der Tat haushaltsmäßig in einer neuen Zeitrechnung. Wenn man Kollegen trifft, taucht in Anlehnung eines bekannten Werbespruchs die Frage auf: „Lernst Du noch oder verstehst Du schon.“ Wir lernen noch, hoffen aber auch, dass wir schon vieles verstanden haben.

Keine Steuererhöhungen

Eines ist ganz einfach zu verstehen und sollte die erste Botschaft sein: Es gibt wie in den vergangenen Jahren keine Steuererhöhungen. Weder für den Bürger noch für das Gewerbe. Dahinter stehen wir und dies ist gerade in der momentanen wirtschaftlichen Phase richtig und wichtig

Haushalt nicht ausgeglichen

Ein zweites muss klar festgestellt werden:

Der Haushalt ist nicht ausgeglichen. Im Gegensatz zu anderen Kommunen in der Grafschaft das erste Mal seit langen Zeiten. Und das, obwohl im Finanzhaushalt die „Freie Finanzspitze bei 445 T€ liegt. Dies ist sehr wohl mit der Kameralistik und so mit den vergangenen Haushalten vergleichbar. Dennoch ist der Haushalt nicht ausgeglichen, weil der Ergebnishaushalt ein Defizit von 231 T€ aufweist.

Ursache

Warum? Weil eben nicht mehr die alte Devise der Kameralistik greift: „Shoot and forget“, Beschließen und vergessen! Bisher galt die Regel: Wenn die Einnahmen die Ausgaben decken, gilt der Haushalt als ausgeglichen, vollkommen unabhängig davon, ob die Immobilien- und andere Vermögenswerte der Gemeinde veralten und abgenutzt werden oder Reparaturbedarf aufweisen oder demnächst ersetzt werden müssen.

Hier entstehen bei uns kalkulatorische Kosten von 3,3 Mill. €. Wenn man reellerweise die aufgelösten Sonderposten dagegen rechnet, im Regelfall zumeist Zuschüsse und Beiträge, bleibt immer noch ein Minus von 830 T€. Wenn man dann die Pensionsrückstellungen noch addiert, ein Muss im Hinblick auf die geforderte Generationengerechtigkeit, sind wir mit anderen systemumstellungsbedingten Verschlechterungen schnell auf über 1 Mill. €. Diese müssen zusätzlich erwirtschaftet werden.

Kaum beeinflussbare Kostensteigerungen

Hinzu kommen Kostensteigerungen bei Personal- und Sachaufwand, die wir kaum oder gar nicht beeinflussen können und solche zusätzlichen Belastungen, die wir eingehen müssen, um unsere Gemeinde weiter zu entwickeln.

Gewollte Erhöhungen

Sei es die Erhöhung der Wirtschaftsförderung, nachdem der Kreistag dem kleinkarierten politischen Druck nachgegeben hat, die Vermarktung des Innovationsparkes, der positive Auswirkungen für den gesamten Kreis hat, nicht mehr weiter zu fördern. Eine von manchen Seiten mit nicht nachvollziehbaren Argumenten geführte Debatte.

Seien es die Ausgaben für eine Beratung zur längst überfälligen Verbesserung der Energieeffizienz unserer Anlagen und Gebäude, sei es der Beginn der Umsetzung des von uns initiierten Radwegkonzepts, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Schulden - negatives Finanzergebnis

Dies alles wäre noch auszugleichen gewesen, wenn wir keine Schulden hätten. Diese haben wir aber in stattlicher Höhe (12,1 Mill. €) und es kommen Netto noch 2,3 Mill. € drauf, so dass das negative Finanzergebnis von 500 T€ im Saldo zum Fehlbetrag von 231 T€ führt. Daran können auch die hohen Mehreinnahmen bei dem Anteil der Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer nichts ändern.

Möglichkeiten des Haushaltsausgleich

Wie könnten wir also den Ergebnishaushalt ausgleichen? Viele Stellschrauben bleiben uns nicht. Manche verbieten sich von selber. An anderen wollen wir aus politischer Überzeugung nicht drehen.

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuerhebesätze zu erhöhen, wäre kontraproduktiv. Wir wollen attraktiv bleiben, für Neuansiedlungen. Neben den günstigen Grundstückspreisen ist unser niedriger Hebesatz ein bedeutsames Vermarktungsargument.

Eine Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen ist also nur durch neue Ansiedlungen, vornehmlich im Innovationspark Rheinland, zu erzielen. Der Ansatz von 15.000 qm zu veräußernder Fläche ist aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit realistisch. Bei der Akquirierung haben wir zwar schon einige „Spatzen in der Hand, aber auch noch zusätzliche verlockende Tauben auf dem Dach“. Ohne auf die aktuelle Diskussion einzugehen: Das Einfangen der Tauben würde unsere Situation natürlich dramatisch verbessern. Hier ist die Entwicklung von Seiten der Gemeinde verantwortungsvoll, aber auch zielgerichtet und mit Selbstbewusstsein weiter zu treiben. Jedenfalls stehen wir Sozialdemokraten trotz aller, teils feindseliger Kritik, hinter den auf den Weg gebrachten Projekten - namentlich auch dem Eifel-Ahr-Portal.

Wir haben und werden unseren, wenn auch bescheidenen Einfluss bis hinauf auf die Landesebene weiterhin nutzen, um unsere Vermarktungschancen zu verbessern. Bei der Komplettierung des Autobahnanschlusses ist uns dies gelungen. Diese Maßnahme, aber auch die Zuschüsse zur Erschließung und Terrassierung von Flächen im Innovationspark zeigen, dass die Entwicklung der Grafschaft von Seiten der SPD-Landesregierung wohlwollend und unterstützend begleitet wird.

Einkommenssteuer

Der Anteil an der Einkommenssteuer als wichtigste Einnahmequelle ist kurzfristig von uns nicht positiv beeinflussbar.

Negativ und kurzfristig könnte hier zum Beispiel die Wiedereinsetzung der alten Pendlerpauschale wirken. Man muss abwarten, ob und wie die Einnahmeausfälle an die Kommunen weitergegeben werden.

Mittel- und langfristig können wir durch eine gemäßigte Steigerung der Einwohnerzahlen zeitverzögert Einnahmeverbesserungen erreichen.

Hierzu muss an Nachfrage, Bedarf und bestehender Infrastruktur orientiert, gezielt Bauland ausgewiesen werden. Durch die im Bodenmanagement enthaltene Bauverpflichtung scheint uns dieses Instrument der Baulandbereitstellung hierfür besonders geeignet. Die zurzeit laufende Maßnahme in Lantershofen wird zeigen, wie es greift. Wir sind hier optimistisch. Neben anderen Vorteilen hat das Ausweisen von Bauland in dieser Art noch den nicht unerheblichen Vorteil, dass unser Ergebnishaushalt, wenn alles so läuft, wie es geplant ist, hiervon nicht negativ, sondern nur positiv beeinflusst werden kann,

Investitionen

Wer glaubt, dass über den Hebel der Investitionen der Ergebnishaushalt ausgeglichen werden kann, der wird enttäuscht werden. Auch unter der Annahme, dass alle Investitionen in Höhe von 5,6 Mill. € gestrichen werden, wird man den Fehlbetrag nicht ausgleichen können. Ohne die Zahlenakrobatik mit Abschreibungen und Auflösungen von Sonderposten im Einzelnen jetzt vorzuführen, würde die Streichung aller Investitionen nur eine Verbesserung um günstigstenfalls 100 T€ bringen. Die Zinsersparnis ist hierin schon enthalten. Dies mag auf den ersten Blick erstaunen, ist aber systembedingt leider so.

Dennoch kann und sollte uns dies selbstverständlich nicht davon abhalten, die geplanten Investitionen auf den Prüfstand zu stellen.

Hier haben wir zum ersten eine Gruppe von Maßnahmen, die schon lange diskutiert wurden und beschlossen sind.

Markanteste Beispiele sind die Dorfgemeinschaftshäuser in Birresdorf und Leimersdorf. Sie stehen aus unserer Sicht in keinem Fall zur Disposition. Dies gilt auch für das kurzfristig notwendig gewordenen Engagement in Lantershofen. In allen diesen Fällen, wie auch bei vergleichbaren Projekten in der Vergangenheit und auch zukünftig, haben die Bürgerinnen und Bürger in den Orten einen Anspruch auf angemessene Veranstaltungsräume. Hier findet das gesellschaftliche, das gesellige, das sportliche und kulturelle Leben statt. Die Errichtung von Dorfhäusern und ähnliche Vorhaben gehören daher für die SPD zur notwendigen Daseinsvorsorge, die nach unserem Verständnis über die Bereitstellung von Wasser und Abwasserkanal, Strom und Straßen hinausgeht. Das haben wir immer so gesehen, entsprechende Forderungen gestellt und die Umsetzungen mitgetragen. Und das wird, wenn finanziell machbar, auch in Zukunft so bleiben.

Beschlossen ist auch der Neubau eines Kunstrasenplatzes in Vettelhoven, der gegenüber der Planung vorgezogen, natürlich auch kräftig zu Buche schlägt. Niemand wird ernsthaft die Notwendigkeit bestreiten und diese Maßnahme herausnehmen wollen.

Ebenso sinnvoll sind die Investitionen an den Sportplätzen in Bengen und Leimersdorf, wo wir die hohen Eigenleistungen auch zukünftig unterstützen werden.

Natürlich muss man nach Abschluss der geplanten Maßnahmen in der Gesamtschau, und unter Berücksichtigung der Auslastung der einzelnen Plätze, entscheiden, auf welchem Ausbauniveau die anderen Plätze in Bengen und Lantershofen weitergeführt werden können. Dass sie erhalten bleiben müssen ist für uns klar.

Der nächste Block, den ich ansprechen möchte sind Maßnahmen, die noch nicht beschlossen sind, aber unausweichlich auf uns zukommen werden und deshalb zu Recht im Haushalt schon eingeplant sind.

Zwar sind die Gelder für die baulichen Maßnahmen an verschiedenen Feuerwehrhäusern schon festgezurr, es bleiben aber die Anschaffungen im Fahrzeugpark, die im Rahmen des neuen Feuerwehrkonzeptes, welches wir im Übrigen noch nicht kennen, aufgezeigt werden. Beim Vorliegen aller Unterlagen werden wir vielleicht erschrecken, mit welchen geringen Restwerten unsere Feuerwehrfahrzeuge aufgelistet sind. Der Handlungsbedarf ist schon angekündigt worden. Im Planungszeitraum werden über eine halbe Million Euro netto auf uns zukommen. Wir wollen und werden uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Natürlich werden wir auch über eine mögliche Organisationsänderung und bauliche Straffungen bei der Feuerwehr reden müssen, die möglicherweise ein Einsparpotential bergen. Eine Gelegenheit hierfür haben wir verpasst. Über die Gründe mag jeder selbst nachdenken. Selbstverständlich müssen unsere Feuerwehrleute hierbei an vorderster Stelle einbezogen werden und zustimmen. Denn was nützt uns das beste und sparsamste Feuerwehrkonzept, wenn wir keine Feuerwehrleute mehr haben.

Streichungen bei den Ansätzen zu Kindergärten und Schulen kommen mit uns nicht in Frage. Bildung, gerade auch in Zeiten des demographischen Wandels, ist ein zentraler Punkt sozialdemokratischer Politik. Aus den vielfältigsten Gründen müssen wir hier Schwerpunkte setzen.

Wir sehen den Ausbau des Angebots der Kindergärten, sowohl in der Qualität der Pädagogik als auch in der flexiblen Erweiterung der Öffnungs- und Betreuungszeiten, noch lange nicht am Ende angekommen.

Dies gilt auch für das Grundschulangebot. Neben der Weiterführung der Übermittagsbetreuung muss eine Ganztagschule als Angebot unbedingt auf die Grafschaft.

Zum Wohl der Kinder, damit nicht mehr die Herkunft aus einer sozialen Schicht den Lebensweg vorausbestimmt, wie es sich leider wieder stärker abzeichnet. Dies können wir uns auch im Blick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht leisten.

Aber auch zum Wohl der Eltern und zum Vorteil der Grafschaft. Denn dieser „weiche Standortfaktor“ wird immer bedeutsamer bei der Entscheidung für einen Wohnort. Der Bedarf für ein solches Angebot ist da, die Eltern sind dafür, die Politik ist, nach dem die letzten ideologischen Barrieren gefallen sind, auch einstimmig willens und wird die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Nur die Lehrer wehren sich unverständlicherweise und verhindern mit oft nicht nachvollziehbaren Argumenten diesen wichtigen Schritt. Diese Blockade werden wir nicht hinnehmen und alles tun, um zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein Ganztagsangebot an einer unserer Grundschulen zu verwirklichen.

Einordnung der Investitionen

Alle oben erwähnten Vorhaben sind aus unserer Sicht Investitionen in die Zukunftsinfrastruktur. Dies bedeutet zwar auch einen Anstieg der Verschuldung, aber einen Anstieg der nicht konsumtiv verfrüht wird. Warum die Ballung jetzt? Wir hatten Zeiten, in denen Investitionsbemühungen, die nicht in die Wirtschaft gingen, kaum Erfolgsaussichten hatten. Alle wurden zwar im besten Fall als wünschenswert bezeichnet, aber als nicht notwendig abgelehnt. So hat sich ein Investitionsstau aufgebaut. Schon damals haben wir hier, bei aller Verantwortung für das Zahlenwerk, im Sinne der Dörfer und ihrer Bürger andere Ansichten vertreten. Wir tun dies auch jetzt noch, dort, wo es uns vertretbar erscheint.

Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sind kräftige Investitionen zum jetzigen Zeitpunkt richtig. Antizyklisches Verhalten geradezu ein Muss. Denn „mit diesen Investitionen senden wir zugleich ein wichtiges wirtschaftspolitisches Signal. Denn es handelt sich um ein -kleines- Konjunkturprogramm, das den Betrieben in unserer Region in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zugute kommen wird.“ (Landrat Pföhler).

Bewertung der Schulden

Wir Sozialdemokraten sind nicht blauäugig und wir verweigern uns auch nicht tieferen Einsichten in das doppelte Haushaltswerk, weil wir rosige Aussichten haben möchten. Deshalb wollen wir unsere Schuldenlast auch nicht herunterspielen. Auch dies ist eine Belastung der nächsten Generation. Aber wer unseren Haushalt einzig aus pekuniärer Sicht betrachtet und sich auf Schulden und Zinsen fixiert, verkennt die Vermögen und Werte, die wir jetzt für die Zukunft schaffen. Und dies ist beileibe nicht nur bilanztechnisch, gebäude- und anlagemäßig gemeint.

Wenn man an diesem Haushalt in verengter Sichtweise nur die Verschuldung und die hohen Zinszahlungen beklagt, dann sollte man aber auch ehrlicherweise sagen, wo der Großteil herkommt. Aus den Investitionen in den Innovationspark. Bei allen vergangenen Anlaufschwierigkeiten und trotz der Störfeuer unserer Nachbarn, immer noch unser wichtigster Wechsel auf die Zukunft.

Wer bei der Verschuldung ansetzen will, sollte auch konkret sagen, was nicht gemacht werden soll, wo Kürzungen vorgenommen werden sollen. Es wäre zu einfach, sich nach außen und in der Öffentlichkeit in Worten als verantwortungsbewusster Hüter der Finanzen darzustellen, dann aber die notwendige Konsequenz vermissen zu lassen. „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ ist nicht seriös und kein akzeptierbarer Standpunkt.

Lösungen und Konsequenzen

Wer verfolgt hat, wie sich in der Vergangenheit die freie Finanzsitze in der tatsächlichen Jahresrechnung gegenüber der Haushaltsplanung erhöht hat, der kann wie wir die begründete Hoffnung haben, dass dieser Haushalt, der in der Planung nicht ausgeglichen ist, am Ende doch ausgeglichen sein wird. Ich rede hier über Ergebnisse, die sich oft im hohen sechsstelligen Bereich verbesserten.

Aber wir dürfen nicht allein auf diese Hoffnung setzen. Das wäre fahrlässig.

Angesichts des hohen Schuldenstandes und der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der damit verbundenen Risiken, die wir nicht verkennen, ergibt sich die dringende Notwendigkeit, ab jetzt in einem stetigen Prozess, gemeinsam mit der Verwaltung, die Konsolidierung der Haushaltssituation voranzutreiben.

Wenn das gesamte Instrumentarium zur Verfügung steht, das die Doppik letztendlich bietet, müssen wir in einer kontinuierlichen Anstrengung über das ganze Jahr hinweg, auf der Grundlage der dann gewonnen Einsichten, versuchen, mit jeder zu treffenden Entscheidung an den richtigen Schrauben zu drehen, um zukünftig einen auch in der Planung ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, den Schuldenaufbau zu stoppen und einen Abbau einzuleiten. Dabei müssen alle Positionen, egal ob bei den Sach- oder auch bei den Personalaufwendungen unter die Lupe genommen werden. Und wir werden uns sicherlich auch darüber unterhalten müssen, wo die Trennungslinie zwischen notwendigen und wünschenswerten Investitionen einzuziehen ist. Dass dort politische Meinungsverschiedenheiten zu Tage treten werden ist vollkommen normal. Dennoch werden wir alle gemeinsam diesen Weg aus Verantwortung für unsere Gemeinde Grafschaft gehen müssen. Die Doppik bietet das Instrumentarium an. Mehr nicht. Benutzen müssen wir es selber. Denn: „Ein gutes Klavier kann alles spielen, es kommt aber auch auf den Pianisten an.“

Schlussfazit

Wir vertrauen darauf, dass Bürgermeister und Verwaltung, wie in den vergangenen Jahren immer bewiesen, bei den Detailpositionen, die wir schwerlich einblicken können, in realistischer Einschätzung und mit solider Kalkulation verantwortungsbewusste Ansätze gebildet haben. Sozialdemokratische Forderungen und Entwicklungsansätze sind in den Haushalt eingeflossen und finden wir dort wieder. Wir glauben, dass der vorgelegte Haushalt, trotz aller aufgezeigten Risiken und Schwächen, den Anforderungen und Herausforderungen zum jetzigen Zeitpunkt verantwortlich Rechnung trägt. Deshalb werden wir dem Haushalt zustimmen.